



## Presseinformation

Nr. 524/2011

Kiel, Mittwoch, 12. Oktober 2011

EU-Agrarpolitik

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Günther Hildebrand, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Katharina Loedige, MdL**  
Parlamentarische Geschäftsführerin

### Carsten-Peter Brodersen: Vorschläge der EU-Kommission gefährden die schleswig-holsteinische Landwirtschaft

Zu den heute veröffentlichten Vorschlägen der EU-Kommission zur Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2013 erklärt der Abgeordnete der FDP-Landtagsfraktion, **Carsten-Peter Brodersen**:

„Die heute veröffentlichten Vorschläge der EU-Kommission zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) gefährden die schleswig-holsteinische Landwirtschaft in ihren Grundsätzen. Die vorgeschriebene Stilllegung von Flächen würde die ohnehin schon vorhandene Flächenkonkurrenz in Schleswig-Holstein erneut verschärfen.“ Es sei ökonomisch irrsinnig, gute landwirtschaftliche Flächen aus der Produktion zu nehmen. Der steigende Bedarf an Nahrungsmitteln werde in den nächsten Jahren weltweit zu einer zunehmenden Verknappung führen, erklärt Brodersen.

„Die vorgesehene Kappung der Zahlungen an größere Landwirtschaftsbetriebe lehnt die FDP ab. Für uns ist die Leistung, die die Landwirte für die Gesellschaft erbringen, entscheidend und nicht mit welcher Betriebsgröße sie erbracht wird.“ Die Entkoppelung der Direktzahlungen von der Produktionsart müsse europaweit durchgesetzt werden. Sie sei eine wichtige Voraussetzung, um langfristig eine Absenkung der Direktzahlungen zu ermöglichen, ohne dabei landwirtschaftliche Betriebe existenziell zu gefährden. Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe komme in den Vorschlägen eindeutig zu kurz, kritisiert der Liberale. Nur mit modernen und wettbewerbsfähigen Landwirtschaftsbetrieben könnten die ökologischen und ökonomischen Herausforderungen gemeistert werden.

„Für die FDP-Fraktion in Schleswig-Holstein ist es wichtig, die GAP in Zukunft auf marktwirtschaftlicher Basis weiter auszubauen. Die Bürokratie in der Landwirtschaft darf nicht weiter steigen, denn auch heute sind die Belastungen schon enorm, wie ein von CDU und FDP angeforderter Bericht der Landesregierung beweist“, so Brodersen abschließend.

www.fdp-sh.de